

DENK
ICH AN
DEUTSCH-
LAND...

Moshe Zimmermann
Moshe Zuckermann

Ein Dialog in Israel

W E S T E N D

Moshe Zimmermann
Moshe Zuckermann

*Denk ich
an Deutschland ...*

Ein Dialog in Israel

WESTEND

Erweiterte Ausgabe. Erschien zunächst auf Hebräisch unter dem Titel *Choschwim germania. Dialog israeli* im Resling Verlag.

Mehr über unsere Autor:innen und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-402-2
© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2023
Übersetzung von den Autoren
Lektorat: Lea Mara Eßer
Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Druck und Bindung: Pustet, Regensburg
Printed in Germany

Inhalt

Vorbemerkungen zur deutschen Ausgabe	7
Die Triade: Deutschland-Israel-Palästina	10
Deutscher Antisemitismus	20
Hat es eine deutsch-jüdische Symbiose gegeben?	42
»Jüdisches Leben« in Deutschland nach der Shoah	60
Warum unterstützt die populistische Rechte Israel?	68
Noch immer präsent: der Mufti von Jerusalem	78
Die Shoah als »Besitzwert«	88
Was erwartet Israel von den Juden Deutschlands?	98
Jekkes und Ostjuden	116
Hier und dort – wie erinnern?	136
Opfer und Selbstviktimsierer	150
Darf man vergleichen?	162
Zionist und Nichtzionist	176
Wie nun weiter?	186
Militaristische Erbschaft	196
Muskeljudentum – der Sportler und der Soldat	220
Das Spiel mit der Angst	234
Glaube und »falsches Bewusstsein«	242
Öffentliche Meinung: Wagner in Israel?	250
Wir und die deutsche »Historikerzunft«	268
Verpasste Geschichtslektion	280
Deutsche Solidarität – mit einem demokratischen Israel	290
Anmerkungen	301

Vorbemerkungen zur deutschen Ausgabe

Deutschland ist in Israel ein heikles Thema. Die berufliche Beschäftigung beider Autoren des vorliegenden Bandes wendet sich (dennoch) gerade diesem Thema zu, der deutschen Geschichte und dem zeitgenössischen Diskurs über diese Geschichte. Der Band ist das Ergebnis eines Dialogs, den wir ein Dreivierteljahr, von April 2021 bis Januar 2022, miteinander geführt haben. Es handelt sich um eine fortlaufende E-Mail-Korrespondenz in wechselndem Rhythmus, der einerseits durch die Zwänge unserer anderen Aktivitäten und Verpflichtungen, andererseits aber durch das drängende Bedürfnis, uns mit dem zu befassen, was dieses Buch zu erörtern trachtet, bestimmt wurde. Der Inhalt dieses Buches mag als eine Art Bilanz (vielleicht auch nur Zwischenbilanz) dessen gewertet werden, womit wir uns als Professoren und *public intellectuals* seit rund fünfzig Jahren beschäftigen*: der vielschichtigen Geschichte Deutschlands, der Geschichte des Zionismus sowie der Wechselbeziehung zwischen beiden Geschichten samt der sich von ihr ableitenden Themenkomplexe – der Shoah der europäischen Juden, dem israelisch-palästinensischen Konflikt, dem Antisemitismus und seiner Vereinnahmung für fremdbestimmte Zwecke, der israelisch-zionistischen politischen Kultur und ihrer (deutschen) Wurzeln im 19. Jahrhundert und anderer Fragen, die sich aus unserem bewegten Dialog ergaben. Kurze Zeit nach Abgabe des Manuskripts zur Veröffentlichung wurden wir dann von einem neuen relevanten Ereignis, einem Krieg in Europa, überrascht, und wir hielten es für notwendig, auch dieses Ereignis im Nachtrag zu erörtern, um unseren Dialog abzuschließen.

* Eine ausführliche Literaturliste beider Autoren findet sich auf der Internetseite des Verlages.

Die Logik einer Bilanz in Dialogform liegt darin, dass wir uns in unseren historischen und politischen Anschauungen zwar nah sind, aber nicht so nah, dass die Unterschiede unserer Positionen oder die Verschiedenheit unserer Biografien einen regen Austausch verhindern würden, wobei sie zugleich einen willentlich polemischen Ton ausschließen. Den Lesern wird der ehrliche Versuch angeboten, die Dinge auf gemeinsamer Basis eingehend zu durchleuchten und Nuancen zu erörtern, die der öffentliche Diskurs zumeist in simplifizierender Eindimensionalität, zuweilen auch in selbst auferlegter Blindheit anzugehen neigt. Es ist anzunehmen, dass die Ergebnisse des von uns geführten Dialogs sich nicht in den israelischen Konsens einfügen, und manche werden in ihnen wohl eine säkulare Häresie gegen Zentralpostulate der israelischen Staatsideologie und die Hegemonie ihrer Apparate sehen wollen. Auch eine typische Reaktion, die sich des »Man kann nicht vergleichen« bedient, ist zu erwarten. Eine solche Rezeption unseres Denkens ist uns nicht neu, wir sind an sie gewöhnt, nicht nur in Israel, sondern auch in Deutschland. Man darf gleichwohl hoffen, dass die Debatte um die wie immer kontroversen Thesen und Postulate so sachlich wie möglich geführt werden wird.

Unter dem Titel *Public Historians*¹ ist jüngst in Deutschland eine Aufsatzsammlung erschienen, die sich mit im Mittelpunkt öffentlicher historischer Debatten in Deutschland stehenden Personen und Themen befasst. In Deutschland sind solche Debatten eine geläufige Erscheinung, wovon das Feuilleton in den respektablen Zeitungen ein beredtes Zeugnis ablegt. Unser Dialog ergänzt diesen von einer Nabelschau geprägten innerdeutschen Diskurs durch eine von außen kommende Sichtweise, die sich (auch) an ein nichtdeutsches Publikum richtet.

Es mag sich die Frage stellen, ob dies die angemessene Form ist, sich mit solch gewichtigen Themen auseinanderzusetzen. Einerseits dürfte klar sein, dass ein forschungsmäßig geordneter, sich ins Detail akribisch vertiefender Schreibduktus ein systematischeres, vielleicht

auch »verantwortungsvolleres« Ergebnis im Hinblick auf die Tiefendimensionen des Erörterten hätte hervorbringen können. Wir haben uns hingegen von vornherein auf je höchstens zwei bis drei Seiten zu jeder Frage im Verlauf des Dialogs beschränkt, was einem breiteren Publikum Einblick in die komplexen Bereiche eröffnen soll. Außerdem steht außer Zweifel, dass gerade die dialogische Ping-Pong-Dynamik, die keiner strikt eingehaltenen Ordnung unterliegt, Perspektiven und Debattendimensionen erzeugt hat, die keiner von uns hätte allein hervorbringen können. Wer darüber hinaus gewillt ist, die Erzeugnisse unserer Forschung zu prüfen, ist eingeladen, dies zu tun. Vielleicht wird dies auch helfen, die häufige Verwechslung zwischen den beiden sich mit Deutschland befassenden Moshes endlich zu überwinden.

Wie dem auch sei, der Dialog ist vollendet, das Urteil obliegt nun den Lesern.

Moshe Zimmermann und Moshe Zuckermann
Israel, im Mai 2023

*Die Triade:
Deutschland-Israel-Palästina*

Der Versuch, Israel, Deutschland und Palästina in einen homogenen historisch-politischen Zusammenhang zu setzen, ist so notwendig wie problematisch. Er ist notwendig, weil die Konstellation dieser Triade in der Tat prägnante, unleugbare historische Wurzeln aufweist. Deutschland hat den Holocaust des europäischen Judentums verursacht. Die Gründung des Staates Israel (jedenfalls die Beschleunigung der Gründung) war unter anderem das Ergebnis dieses welthistorischen Ereignisses im Sinne einer nationalen staatlichen Zufluchtsstätte für das jüdische Volk bei jedem künftigen es ereilenden Unglück. Aber die Staatsgründung als emanzipativer Akt für die Juden ging mit einer kollektiven Katastrophe für das palästinensische Volk einher. Die Benennung einer solchen Verbindung ist dahingehend problematisch, dass die Konstellation zugleich die ideologische Instrumentalisierung ihrer katastrophischen Aspekte samt deren Unterordnung unter heteronome Bedürfnisse und zudem unzulässige Vergleiche und widersinnige Kausalverbindungen ermöglicht. Es lohnt sich daher, die zentralen ideologischen Grundlagen der Kontext-Koordinaten dieser unheiligen Dreifaltigkeit zu untersuchen.

Man mag sich fragen, ob es selbstverständlich war, die Adresse der Sühne für die von Deutschland am jüdischen Volk begangenen Verbrechen gerade im Staat Israel zu finden. Das Grauen ereignete sich ja noch vor der Staatsgründung, und zwar an geografischen Orten, die weit entfernt waren vom Territorium, auf dem später der Staat errichtet wurde; entsprechend waren die Opfer nicht seine Bürger, und es darf bezweifelt werden, ob ein Großteil von ihnen sich selbst überhaupt als zionistisch ansah. Als aber 1952 das sogenannte Wiedergutmachungsabkommen beschlossen wurde, war allen Beteiligten klar, dass es sich um einen Deal handelte, dessen Logik auf den partikularen Interessen einer jeden der beiden Seiten basierte. Die USA reagierten gleich nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs auf

die neue geopolitische Konstellation im Rahmen dessen, was sehr bald unter dem Begriff »Kalter Krieg« geführt wurde. Sie benötigten eine feste Bastion in Mitteleuropa, die sich dem sich verbreitenden Sowjetkommunismus entgegenstemmen sollte. Der westliche Teil des besiegten Deutschlands ist zu dieser Bastion erkoren worden – eine verständliche Wahl angesichts der Folgen des Krieges und der Teilung Deutschlands, durch die dessen westlicher Teil der Besatzungsautorität der Alliierten unterworfen worden ist. Um den Plan der USA zu verwirklichen, war es nötig, (West-)Deutschland wieder in die »Völkergemeinschaft« zu integrieren. Zu diesem Zweck wurden Praktiken der »Umerziehung« und Prozeduren der »Entnazifizierung« in Gang gesetzt, welche die Resteinflüsse des Nazismus auf die deutsche Bevölkerung eliminieren sollten. Westdeutschland erhielt von den USA auch massive wirtschaftliche Unterstützung, die es schnellstmöglich wiederherstellen sollte; in der Tat war der Marshall-Plan dermaßen erfolgreich, dass sich innerhalb eines Jahrzehnts das westdeutsche »Wirtschaftswunder« ereignete, welches das völlig zerstörte Deutschland in eine der stärksten und blühendsten Mächte Europas verwandelte. Die ökonomische Prosperität war es auch, die die Materialisierung der Sühne ermöglichte, für deren Verwirklichung Israel, wie gesagt, als Adresse fungierte.

Israel erfüllte seinerseits seinen Part des Deals, indem es sich bereit erklärte, ihn zu akzeptieren und das Geld anzunehmen. Das hatte seine guten Gründe: Der jüngst gegründete Staat sah sich großer wirtschaftlicher Not ausgesetzt und benötigte dringend den Kapitalimport, um die Infrastruktur für die Massen an Immigranten, die in Israel einzuströmen begannen, aufzunehmen. Der Deal hatte auch Gegner – sei es aus politischen Gründen (die Kommunisten) oder aus national-moralischen Beweggründen (Begins Cherut-Partei) –, aber Ben-Gurion, der erste, der von einem »anderen Deutschland« sprach, schaffte es, den Deal durchzubringen und ihm eine allgemeine parlamentarische Geltung zu verschaffen. Wie man die getroffene und verwirklichte Entscheidung auch betrachtet, Deutsch-

land und Israel wollten letztlich beide den Deal, beide aus je eigenem zweckgerichtetem Kalkül: Jenes wollte zahlen und dieses wollte bezahlt werden. Die ermordeten Opfer und die Überlebenden wurden *mutatis mutandis* zum Schlüsselfaktor bei der Umwandlung der historischen Schuld und der Sühne in einen materiellen Tauschwert. Das Reden über das Andenken an die Opfer erwies sich denn schon in dieser frühen Phase als primär ideologisch.

Dies schlug sich auch im innerisraelisch-jüdischen Diskurs nieder – damals wie in gewissem Sinne auch noch heute: Da die zionistische Ideologie auf dem kategorischen Postulat der Diaspora-Negation basiert, konnte der als Verkörperung des diasporischen Subjekts angesehene Shoah-Überlebende in die zionistische Wirklichkeit nur negativ aufgenommen werden, genauer: als der, dem das Ablegen seiner (diasporischen) Identität kategorisch abgefordert wird. Gegenüber den Ermordeten konnte diese Forderung nicht gestellt werden – sie verwandelten sich bald zur riesigen anonymen Masse (»die sechs Millionen«), Objekte einer selbstgerechten ideologischen Bezichtigung (»wenn der Staat Israel nur rechtzeitig gegründet worden wäre«); gegenüber den in Israel ankommenden Überlebenden (»aus zionistischen Gründen«, wie man zu sagen pflegt) war die Forderung eindeutiger: »Eliminiert die von ›dort‹ mitgebrachte Identität – eignet euch die Identität des ›neuen Juden‹ an.«

Ein nicht geringer Anteil der Überlebenden kam dieser Forderung in der Tat nach. Das heißt, tagsüber Zionist sein und Überlebender »von dort« in den Nächten. Manchmal kapitulierte der Zionismus vor dem »Dort«; manchmal wurde das »Dort« zugunsten des Zionismus verdrängt; es gab auch Fälle der völligen Unfähigkeit, das Dasein hier mit der psychischen Realität der Erinnerung ans »Dort« miteinander zu vereinbaren. Das subjektive Lebensschicksal der Überlebenden war nicht einheitlich, wie denn auch die Identitäten der Gemordeten, als sie noch am Leben waren, sich voneinander unterschieden. Aber diese fundamentale Einsicht interessierte die sich im neuen Staat nach und nach bildende öffentliche Sphäre nicht – die Wirklichkeit

der Opfer stand im Widerspruch zu den staatlich-ideologischen Bedürfnissen dieser Sphäre. Der Staat stellte also eine im Wesen ideologische Forderung: das Opfer nach Israel zu importieren, ohne sich aber seiner Realität als Überlebens-Subjekt, mithin seiner erlebten Wirklichkeit totaler Ohnmacht, aussetzen zu müssen (geschweige denn, sie zu akzeptieren). Im besten Fall herrschte ein Schweigen, ein bewusstes Nicht-Sprechen zwischen dem Subjekt, Träger des Unfassbaren, und dem den Unwillen zu begreifen tragenden Subjekt. Im argen – und gängigen – Fall vollzog sich die Verdinglichung des Opfers und dessen systematische Unterordnung als »Opfer« unter das Postulat der zionistischen Rechtfertigungsideologie.

Das staatsoffizielle, öffentliche Shoah-Gedenken in Israel entfaltete sich von Anbeginn als Akt der Instrumentalisierung dessen, was »dort« geschah, für fremdbestimmte Zwecke. Die Shoah mutierte zur »Shoah« und wurde als solche dem Tauschprinzip untergeordnet – je mehr sich die Ideologie ihrer Einzigartigkeit intensivierte, desto fungibler wurde sie über die Jahre: materiell fungibel auf der ökonomisch-kommerziellen Ebene, ideologisch fungibel auf der politisch-diplomatischen Ebene, mental fungibel auf der militärischen-sicherheitsmäßigen Ebene, rhetorisch fungibel im Alltagsdiskurs. In der Tat verkam die Shoah gerade in Israel zum Bestandteil der Kulturindustrie. Der archaische jüdische Imperativ des Gedenkens (»Zechor!«) gerann zur inflationären Erinnerung, zur Praxis der Nicht-Erinnerung durch fetischistische Routinisierung des Gedenkens – zur schauerlichen Verwirklichung des Nicht-Gedenkens.

Gleichwohl ist dies nur die eine Seite des israelischen Opfer-Diskurses. Der Staat Israel entstand, wie gesagt, aus und infolge der Katastrophe des jüdischen Volkes, aber er selbst viktimisierte im Prozess seiner Gründung das palästinensische Volk. Zwar sollte man die Dimensionen des Leids der Palästinenser, so schrecklich und tiefgreifend es sich manifestierte, nicht mit dem Grauen des Zivilisationsbruchs von Auschwitz vergleichen; und doch sehen sich die Palästinenser nicht von ungefähr bis zum heutigen Tag als »Opfer der Opfer«. Diese

Kodierung des Nahostkonflikts enthält einen Wahrheitskern, den man auf keinen Fall ignorieren darf. Indes, angesichts der Tatsache, dass die Shoah als Katastrophe der Juden fast völlig aus dem palästinensischen Diskurs ausgeschlossen ist (Ausnahmen bilden hierin Edward Said und Azmi Bishara), mag die Apostrophierung der (jüdischen) Opfer als Viktimisierung als ideologisch erscheinen, mithin als heteronome Verwendung der Kategorie der Opfer – zumindest, was die jüdischen Opfer anbelangt. Das ist nachvollziehbar: Wie soll man auch eine empathische Identifizierung mit dem (historischen) Leid jener erwarten, die (in der Gegenwart) das eigene Leid verursachen? Das Problem beginnt mit dem Vergleich: Man muss nicht Auschwitz heranziehen, um erschüttert zu werden von dem, was die Israelis in den besetzten Gebieten anrichten, von der von ihnen praktizierten Barbarei und ihrem brutalen Verhalten als Besatzer. Sobald aber der Vergleich gezogen wird (wie es von Palästinensern zuweilen tatsächlich getan wird), verzerrt er die historischen Kontexte, innerhalb derer die Opfer als solche zu Opfern wurden. Die Verzerrung ist ihrem Wesen nach falsch. Nicht nur ist der Vergleich im Hinblick auf die historischen Ereignisse nicht triftig – so entsetzlich die Realität der israelischen Okkupation ist, vollziehen die Israelis nicht eine industriell verrichtete, administrativ geplante und bürokratisch organisierte Vernichtung des palästinensischen Volkes –, er verfehlt auch sein Ziel: Ein jeder solcher Vergleich verlegt die Erörterung von der Realität des Beklagten in den Bereich der Empörung über den schieren Vergleich und der Polemik gegen ihn; das palästinensische Leid wird nicht mehr thematisiert, während die Israelis automatisch zu »Opfern« werden (allein schon durch den Vergleich).

Aber über den rein politischen Aspekt hinaus birgt der Vergleich eine schändliche Dimension der Banalisierung des Opferbegriffs in sich: Da jeder Erinnerung an die Vergangenheit zwangsläufig ein instrumentalisierendes Element anhaftet, und zwar allein schon durch die Eingliederung der Vergangenheit in die Hierarchie der Bedürfnisse, Bestrebungen und Orientierungen der Gegenwart,